

Berichte aus Stadt und Kanton Zürich



2. Hälfte Dezember 2021

16. Dezember

Auch Winterthur muss sich mit seiner Vergangenheit befassen. In den 20er-Jahren hat man eine jüdische Familie in die Tschechoslowakei ausgeschafft, die später nach Theresienstadt deportiert und dann in Auschwitz ermordet wurde. Sie und auch zwei andere jüdische Familien sollen nun in Winterthur Gedenksteine («Stolpersteine») erhalten.

Mit dem Schuljahresbeginn 2021/2022 startete das Schul- und Sportdepartement in 10 Schulen einen Pilotversuch mit kostenlosen Menstruationsartikeln. Eine Zwischenevaluation zeigt, dass Abgabe von Hygieneartikeln sowohl von Schülerin als auch vom Schulpersonal geschätzt wird.

17. Dezember

Auch weil in den Spitälern «überflüssige» Intensivpflegebetten abgebaut wurden, fehlen heute solche dringend benötigte Pflegeplätze. Man hat aber kaum viel dazu gelernt. So wurden im vergangenen Sommer die Anzahl der Mitarbeitenden bei den Contact-Tracing-Centren auf ein Minimum reduziert. Heute, mitten in der 5. Welle, fehlen qualifizierte Mitarbeiter:innen. Die Zentren können ihre Aufgabe nicht mehr korrekt erfüllen, Anfragen werden nicht oder zu spät beantwortet.

Für die Gemeinderatswahlen vom kommenden 13. Februar findet die Auslosung der Listennummern statt. Die bisher im Rat vertretenen Parteien erhalten gemäss ihrer Stärke die Nummern 1 bis 6, die 6 zusätzlichen Parteien die Nummern 7 bis 12. Die PdA erhält die Nummer 9. Daneben gibt es aber auch Parteien mit blumigen Namen: I love Zurich – volt – Freie Liste und andere. Interessant, was sich unter dem Begriff «Freie Liste» verbirgt. Es sind dies Angehörige der sattsam bekannten «Freunde der Verfassung», von Gruppen, die sich gegen die «über das Coronavirus und die Impfung verbreiteten Lügen» wenden. Wortführer der Freien Liste ist ein Stefan Theiler. Er ist bekannt dafür, dass er die Berner Kantonsärztin nachts verfolgt hat und sie als «Satansdienerin» beschimpfte, die die Welt versklave und Kinder traumatisiere. Ein schmackhaftes Süppchen, diese «Freie Liste – Stadt Zürich»!

18. Dezember

Das Bundesgericht hat sich weiter über den «Fall Brian», der wohl eben zum «Fall Justiz Kanton Zürich» mutiert hat, ausgelassen. In einer Medienmitteilung fordert das Bundesgericht die umgehende Erstellung eines situationsangepassten Konzeptes für mögliche Lockerungen des Haftregimes. Das heutige Haftregime stehe im Widerspruch zu den Anforderungen an einen menschenrechtskonformen Haftvollzug. Dass die Haftbedingungen sich überhaupt nicht menschenrechtskonform ausgestalten liessen, sei nicht ersichtlich und würde auf eine Kapitulation des Rechtsstaates hinauslaufen. Wir sind gespannt auf die Reaktion der Züricher Justiz.

20. Dezember

Die Zürcher Baugenossenschaften werden hinterfragt. Sind sie für die bedürftigsten Menschen offen oder eher nicht? Eine Untersuchung über die Zusammensetzung der Mieterschaft durch den Regionalverband Wohnbaugenossenschaften liefert zwiespältige Resultate. Nur 10% der Mietenden haben ein Haushaltseinkommen von unter Fr. 20'000.00 pro Jahr. Bei Jenen, die zwischen Fr. 20'000.00 und Fr. 40'000.00 versteuern, beträgt der Anteil 18%, nur 28% der Mietenden gehören also zu den wenig Bemittelten. Die Haushaltseinkommen zwischen Fr. 40'000.00 und Fr. 80'000.00 steuern 40% bei, gehören also zu einer niedrigen Definition von Mittelklasse und der Rest, also 32% verdienen mehr, gehören also zur untern Oberklasse oder zur Oberklasse.

21. Dezember

Der kürzeste Tag. Sonnwendfeier, Vorläufer der Weihnachten. Den Ärmsten der Armen in unserer Gesellschaft, den Sans-Papiers sollen Weihnachten gehörig versalzen werden, will man ihnen doch die bitter benötigte Bargeldhilfe gerichtlich streitig machen. Da hat sich die Kirche wieder einmal ihres ursprünglichen Auftrags besonnen und springt mit einem Kredit von Fr. 100'000.00 ein. Dieser soll zurückbezahlt werden, wenn die Stadt doch noch ermächtigt wird, diese Gelder auszugeben.

In einer Anfrage an den Regierungsrat wollte ein Kantonsrat wissen, wie viele Kilometer Strasse es sind, an denen Menschen zu hohem Verkehrslärm ausgesetzt sind, weil eine höhere Geschwindigkeit als die innerorts normalen 50 Km/h gefahren werden können. Die Antwort erstaunt: Es sind rund 43'000 Menschen, also rund 25% aller im Kanton als lärmgeplagte Geächtete. Und dies an nur 83 Kilometern Strasse, wo 60 km/h erlaubt sind. Diese zehn Stundenkilometer sind also von beträchtlicher Bedeutung im Kampf gegen den Lärm.

22. Dezember

Vor den Schulhäusern, vor allem vor den Privatschulen, stauen sich die «Elterntaxis». Die Kinder werden gebracht und geholt. Dies ist hauptsächlich den Links-Grünen ein Dorn im Auge. Im Kantonsrat verlangte deshalb eine Gruppe von Kantonsrät:innen die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, die es den Gemeinden erlaubt, per Halteverbot vor den Schulhäusern diesem bei pädagogischen Fachpersonen verpönten Bring- und Hohlservice ein Ende zu setzen. Der Regierungsrat ist gegen diesen Vorstoss. Die Abstimmung im Rat wird von den Grün-Liberalen abhängen.

23. Dezember

Das Verwaltungsgericht hatten den kantonalen Gestaltungsplan im Falle des Grossprojektes Flugplatz Dübendorf für ungültig erklärt. Darauf hat der Regierungsrat alles unternommen, um ohne diesen das Projekt zu realisieren. Nun hat das Bundesgericht den Entscheid der Vorinstanz aufgehoben und den Gestaltungsplan doch für gültig erklärt. Es können also jetzt Baugesuche eingereicht werden. Allerdings muss der Kantonsrat erst noch einen Kredit dazu bewilligen.

Dass der Zürcher Immobilienmarkt völlig aus dem Lot geraten ist, beweist ein jüngstes Beispiel. Einer langjährigen Mieterin wurde es an der Grüngasse zu laut. Sie zog an eine ruhigere Gegend. Seit Ende der 90iger Jahre des vergangenen Jahrhunderts bezahlte sie einen Mietzins von Fr. 1130.00 pro Monat. Jetzt wurde die Wohnung sanft renoviert. Ausgewechselt wurden Kühlschranks und Geschirrspüler, die Parkettböden wurden geschliffen und die Wände neu gestrichen. Alles keine Wertvermehrnde Investitionen. Trotzdem vermietete die Eigentümerin, die Swiss Finance & Property, die Wohnung neu zu Fr. 2630.00, was einer Steigerung um 130% entspricht. Eine staatliche Preiskontrolle, die vorgängig Mietzins erhöhungen bewilligen müsste, ist wohl dringend angezeigt.

28. Dezember

Auch wieder einmal schön, zu hören, was die Autolobby so in Peto hat. Der Präsident der Vereinigung der Autoimporteure breitet seine Visionen aus:

Es braucht mehr, nicht weniger Parkplätze in der Stadt, wenn wir den Ausstieg aus den fossilen Treibstoffen ernst meinen. Mobilität ist nun einmal ein Wachstumsmarkt, das ist ein Fakt. Wie nehmen wir an dieser Mobilität dennoch profitabel teil – damit schliesse ich alle diese Velo- und Trottinettverleihsysteme aus mit denen niemand Geld verdient. Das Lärmproblem löst sich von selbst, die Autos werden immer leiser... Zu Tempo 30 ist zu sagen, dass auch heute die Durchschnittsgeschwindigkeit nicht viel höher liege, aber man sollte auf den Hauptachsen den Verkehr verflüssigen, mittels intelli-

genter Steuerung, stattdessen baut man Tropfenzählersysteme und Rotlichter. Zu den Grössen der Autos und der benötigten Parkplatzflächen meint er: So lange die Stadt anstelle von Parkfeldern sowieso Bäume pflanzt und Töpfe aufstellt, ist dies Diskussion um die Autogrössen irrelevant. Das waren die Visionen des Herrn Präsidenten.

30. Dezember

Ein wegweisendes Urteil aus Lausanne: Der Lärmschutz darf nicht per Ausnahmegewilligung ausgehebelt werden. Ein konkretes Bauprojekt wird so gestoppt, da nicht alle anderen baulichen Massnahmen ausgeschöpft worden sind. Bei diesem Projekt wären für 80 % der über 120 geplanten Wohnungen die Lärmgrenzwerte um über 5 Dezibel überschritten worden, und dies, obwohl dem grossen Verkehrslärm der Strasse bereits Rechnung getragen worden ist, ist diese Strasse doch in der Lärmempfindlichkeitsstufe 3 eingeteilt. Bei reinen Wohnbauten ist Stufe 2 üblich. Wer heute bauen will, muss auf Tempo 30 hoffen, das ja gerade mit dem Lärmschutz legitimiert wird.

31. Dezember

Die Situation bei der Züricher Spitex bleibt angespannt. «Wir können nur noch eine eingeschränkte Körperpflege anbieten. Duschen ist nur noch alle zwei Wochen möglich, nicht mehr nur wöchentlich» erklärt eine Verantwortliche der Organisation. Na dann mal e guets Neus und gute Luft im neuen Jahr!